

**Standesinitiativen zu Lebensmittelimporten aus sozial und ökologisch inakzeptabler Produktion (08.301, 08.307, 08.320, 08.326, 09.311) und Motion der WAK-N zu den sozialen und ökologischen Zuständen in der Lebensmittelproduktion (10.3626)**

Die Kommission befasste sich erneut mit den Standesinitiativen der Kantone Jura, Neuenburg, Genf, Freiburg und Waadt, die das Problem der Einfuhr von Lebensmitteln aus sozial und ökologisch inakzeptabler Produktion aufgreifen. Die Initiativen fordern vom Bund, dass er sich in den Verhandlungen mit der WTO und der EU für ethische Arbeitsbedingungen und nachhaltige Produktionsverfahren einsetzt; dass er für in die Schweiz importierte Lebensmittel eine Deklarationspflicht hinsichtlich der sozialen Bedingungen und der Nachhaltigkeit der Produktion vorsieht und dass er die Einfuhr von Nahrungsmitteln verbietet, die unter Bedingungen hergestellt wurden, die diesen Standards nicht entsprechen.

Die WAK-S bekräftigte, dass sie Verständnis für die Anliegen der Kantone aufbringt. Die Kommissionmehrheit betonte allerdings, dass die Schweiz sich bereits auf mehreren Ebenen für nachhaltige Produktionsbedingungen einsetzt und das Problem nicht die bestehenden nationalen bzw. internationalen Vorschriften sind, sondern eher deren Umsetzung in den Produktionsländern; darauf könne die Schweiz keinen Einfluss nehmen. Deshalb beantragt die Kommission ihrem Rat mit 10 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung erneut, den Initiativen keine Folge zu geben. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass die Umsetzung der geforderten Massnahmen auch von der Einstellung der Verteiler und der Konsumentenschaft abhängt, die in ihrem Bewusstsein und Verhalten derzeit beträchtliche Fortschritte machen. Eine Minderheit beantragt Folgegeben, da die fünf Kantone in ihren Augen auf ein Problem hinweisen, das es zu regeln gilt.

Klare Unterstützung in der Kommission fand allerdings die Antwort des Nationalrates betreffend das internationale Engagement der Schweiz. Mit 10 zu 3 Stimmen nahm sie die von ihrer Schwesterkommission eingereichte Motion 10.3626 an, die den Bundesrat beauftragt, sich im Rahmen der WTO-Agrarverhandlungen sowie anderer internationaler Handelsverträge dafür einzusetzen, dass Umwelt- und Sozialnormen einen vergleichbaren Stellenwert erhalten wie der Abbau von tarifären Handelshemmnissen.

4. April 2011